

## Keine Flugshow im Jahr 2017

Unfall noch nicht aufgearbeitet

**Dittingen.** Es war die erste Generalversammlung (GV) der Segelfluggruppe Dittingen nach dem tödlichen Unfall an den Dittinger Flugtagen im letzten Sommer. Normalerweise stimmt der Verein über die Durchführung der nächsten Flugshow ab und das Organisationskomitee wird vorgestellt. Dieses Jahr befasste man sich jedoch gar nicht erst mit diesen Traktanden. Noch immer stand der Unfall im Zentrum, bei dem ein Pilot starb. «Weder sind Vorbereitungen für eine Flugshow 2017 im Gange noch demnächst geplant», sagt Flugplatzchef Urs Winkelmann. Die GV ist normalerweise der Startschuss dazu. Die Zeit reicht nun nicht mehr, um den Event nächstes Jahr durchzuführen. Der Unfallbericht liege zudem nicht vor und es würden noch immer Gespräche geführt mit der Bevölkerung sowie Anpassungen am Konzept geprüft. Es sei «unerträglich» für die Dittinger, dass die Schäden im Dorf noch immer nicht behoben werden konnten, sagt Winkelmann. Die Versicherungen seien sich «unverständlicherweise» immer noch nicht einig. Darum habe der Verein beschlossen, die nötigen Gelder vorzuschliessen, damit mit den Aufräumarbeiten endlich begonnen werden kann. by

# Gegen die Schulreformen und die Uni

Der Lehrerverein wehrt sich für die Volksschule und kündigt zwei Volksinitiativen an

Von Thomas Dähler

**Pratteln.** Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland hat gestern in Pratteln die Lancierung von zwei Volksinitiativen angekündigt, mit denen Sparmassnahmen an den Volksschulen bekämpft werden sollen. Angestrebt wird mit der einen Initiative, dass Sparmassnahmen künftig die teuren Reformen und die Hochschulen treffen. Die andere Initiative will dem Regierungsrat, den Gemeinden und dem Bildungsrat Kompetenzen im Bildungsbereich entziehen und stattdessen Landratsentscheide mit Zwei-Drittel-Mehrheiten einführen. Die formulierten Gesetzesinitiativen haben allerdings die Vorprüfung durch die Landeskanzlei noch nicht bestanden.

### Verlotterte Schulbauten

«Wir sind in grosser Sorge», erklärte Roger von Wartburg, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins, gestern vor den Medien. Der Kanton Baselland könne für die Schulen eine adäquate Finanzierung nicht mehr sicherstellen. Deshalb strebe der Lehrerverein ein Bekenntnis der Stimmbevölkerung zu qualitativ guten Schulen an. «Die Schu-

len sind zu wichtig, als dass sie durch Sparmassnahmen beschädigt werden dürfen», sagte von Wartburg. Es gebe zu viele Schulhäuser in miserablem Zustand, zu viele Provisorien, zu schlecht isolierte Bauten sowie Infrastrukturen, die den heutigen Anforderungen, etwa im IT-Bereich, nicht genügen. Teilweise sei die Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Scheiben fielen aus dem Rahmen, Mäuse tummelten sich in Schulzimmern und es regne an mehreren Orten durchs Dach.

Der Kanton Baselland leiste sich dafür teure Hochschulen, vernachlässige aber den Unterbau. «Die Verhältnismässigkeit ist nicht mehr gewahrt», meinte der Lehrerpräsident und verwies auf die Neubauten der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität Basel. Während die Universität ständig massiv teurer werde, spare der Kanton bei den Volksschulen, indem er Angebote streiche, Klassen zusammenlege, Kosten auf die Eltern abwälze und die Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer verschlechtere. «Wir müssen dort sparen, wo der Schaden am geringsten ist», erklärte Geschäftsführer Michael Weiss die Stossrichtung

der geplanten Initiativen. Der Kernartikel des einen Volksbegehrens lautet: «Der Kanton und die Gemeinden stellen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Qualität der Schulbildung nachhaltig zu garantieren. Sie gewährleisten bedürfnisgerechte Schulbauten sowie lehrplan- und lehrmittelgerechte Schuleinrichtungen.»

Die Initiative mit dem Titel «Unterrichtspraxis statt Dauerreform und Bildungsbürokratie! Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» stellt in der Hauptsache Sparvorgaben auf. Sie richtet sich gegen den Lehrplan 21, gegen die Früh-Fremdsprachen und gegen den Universitätsvertrag, ohne diese im Initiativtext ausdrücklich zu erwähnen. Die Regierung würde bei der Aushandlung eines neuen Univertrags und eines neuen Leistungsvertrags eingeschränkt.

Gespart werden soll bei der Bildung durch den Verzicht auf «neue überkantonale Bildungsprojekte», durch die Überprüfung der «Beteiligung an laufenden überkantonalen Bildungsprojekten» sowie durch eine anteilmässige Zuteilung der Sparbeiträge an die einzelnen Bildungssparten, indem «nöti-

genfalls interkantonale Verträge durch Neuverhandlungen» anzupassen sind.

Mit der zweiten Initiative «Bildungsqualität für alle sichern! Stopp dem Raubbau an der Volksschule!» wird verlangt, dass in Teilen des Bildungsbezirks Landratsentscheide zwingend werden und mit einem qualifizierten Mehr von zwei Dritteln fallen müssen.

### Verfassungskonform?

Konkret setzt die Initiative neue Hürden für Klassengrössen, für Kostenbeiträge von Schülern, für Stundentafeln und für die Pflichtstunden der Lehrkräfte. Das Begehren richtet sich damit gegen die gesetzlich verankerten Kompetenzen der Gemeinden, der Regierung und des Bildungsrats. Ausgehobelt würden über das Bildungsgesetz nicht etwa nur simple Gemeindeentscheide für Elternbeiträge, sondern auch vom Landrat gemäss Verfassung verabschiedete Gesetzesrevisionen zuhanden der Volksabstimmung.

Offen ist, ob die Initiativen verfassungskonform sind. Gemäss der Baslerbieter Verfassung sind «unmögliche oder offensichtlich rechtswidrige Volksbegehren» für ungültig zu erklären.

## Kaum Verständnis für richtiges Französisch

Qualifizierte Französischlehrerin darf nicht mehr unterrichten, weil sie nicht an «Sprachsee-Ideologie» glaubt

Von Daniel Wahl

**Allschwil.** Ein bemerkenswerter Vorgang, der sich derzeit an den Sekundarschulen im Kanton Baselland abspielt: Wer nicht bereit ist, zwei volle Wochen für die Ausbildung am heftig kritisierten Französischlehrmittel «Mille feuilles» (3. bis 6. Schuljahr) und dem Anschlusslehrmittel in den Sekundarschulen «Clin d'œil» (7. und 8. Schuljahr) zu investieren, muss von den Sekundarschulleitungen vor die Tür gestellt werden. Das Unterrichten wird von einer «obligatorischen» Weiterbildung abhängig gemacht. Lehrer, die nicht daran teilnehmen, erhalten keine Unterrichtsstunden mehr.

Bis vor einer Woche herrschte darüber noch Verwirrung an den Sekundarschulen. Da teilte im vergangenen Dezember Regierungsrätin Moncia Gschwind schriftlich mit: «Die Schulleitungen haben den notwendigen Spielraum dazu, denn sie ermitteln im Mitarbeitergespräch (MAG) den individuellen Fortbildungsbedarf jeder betroffenen Lehrperson. Die Schulleitungen teilen den Lehrern die Fächer und das Pensum zu. Wird kein funktionsbezogener Fortbildungsbedarf ermittelt, so haben die Schulleitungen die Möglichkeit, den Französischlehrpersonen auch künftig Französischlektionen zuzuteilen.» Was so interpretiert wurde: Die Schulleitungen hätten die Kompetenz, im Französisch denjenigen einzusetzen, den sie dazu für befähigt halten.

### Zwingender «Fortbildungsbedarf»

An der Konferenz der Schulleiter erklärte aber Schulleiter Thomas von Felten, der vom früheren Bildungsdirektor Urs Wüthrich beauftragte Lehrplan-21-Promotor, die Weiterbildung am neuen umstrittenen Lehrmittel für obligatorisch. Es besteht also zwingend «Fortbildungsbedarf.»

Hintergrund ist die vertragliche Verpflichtung von sechs Deutschschweizer Kantonen, im Rahmen des Projekts «Passepartout» Französisch als Erstsprache an der Schule zu unterrichten. Aber nicht nur das: Bindend sind auch das gemeinsame Lehrmittel und die Teilnahme an der explosionsartig angewachsenen Weiterbildung. Normalerweise werden für die Einführung eines Lehrmittels drei Halbtage investiert. Die Lehrmittelexperten haben sich mit einer Versechsfachung des Kursunterrichts insgesamt 84 Stunden zugeschanzt.

Unter diesen Voraussetzungen wird ab kommendem Schuljahr auch die bei den Kindern beliebte und qualifizierte Französischlehrerin Kathrin Schaltenbrand zu leiden haben. Unterrichtserlaubnis gibt es nur noch für Klassen, die nach alter Didaktik ihre Schullaufbahn



Qualifiziert, aber nicht einsetzbar. Kathrin Schaltenbrand war sogar als Französisch-Instruktorin auserwählt. Foto Nicole Pont

beenden. Hält sich die Schulleitung der Sekundarschule Allschwil an die Instruktion der Bildungsdirektion, darf sie «ihre Angestellte» nicht mehr im Unterricht für die «Mille feuilles»-Schüler einsetzen. Erstmals gibt es im Baselbiet ein Didaktik-Gebot: Unterrichtsmethode geht vor beruflicher Qualifikation.

Dabei hätte es gerade bei Kathrin Schaltenbrand anders herauskommen sollen. Die junge Sekundarschullehrerin war auserwählt, zur Vorzeige-Französischlehrerin ausgebildet zu werden. Ihre guten Referenzen hätten sie dazu prädestiniert, als Instruktorin ihre Kollegen im neuen Konzept von «Mille feuilles & Co.» einweisen zu dürfen. Gemäss dieser Methode geht es darum, den Schülern ein «zweisprachiges Aufwachsen» vorzuleben – lernen wie kleine Kinder, die in einem «Bilingue-Elternhaus» aufwachsen. Eingetaucht in einen Sprachsee, wo die Schüler die Fremdsprache wie die Muttermilch aufsaugen.

Neugierig und unvoreingenommen besuchte die Lehrerin, die seit dem Jahr 2002 ein 100-Prozent-Pensum hat und «Franzi» unterrichtet, Kursstunden und sah dann aber, dass das Konzept «schlicht untauglich» sei. «Während zwei Stunden Unterricht an der Sekundarschule kann man nicht ein 24-Stunden-Sprachbad simulieren, wie das Kinder in zweisprachigen Gebieten erleben», sagt sie. «Es geht nur um die Verständigung, und nicht mehr ums

Französisch-Können», führt sie aus und kommt in Bezug auf die künftigen Französischkompetenzen in der Schweiz zum verheerenden Schluss: «Schüler, die nach dem Didaktikkonzept unterrichtet werden, werden eine schriftliche Französischmatur nicht bestehen können.»

Schaltenbrands Erkenntnis teilt der Bieler Stadtrat und Lehrer Alain Pichard, der seit über einem Jahr nach der neuen Ideologie unterrichten muss. Seine Schüler seien mit dem neuen Lehrmittel nicht besser geworden, dafür seien die Probleme angestiegen. «Aufgrund der Erkenntnis, dass die Schüler am Ende ihrer Laufbahn wegen des neuen Lehrmittels nicht besser, sondern schlechter Französisch sprechen, ist unter den Gymlehrern bereits die abenteuerliche Idee aufgetaucht, Französisch als Selektionsfach abzuschaffen», sagt Pichard. Die Idee, Forfait zu geben, ist also lanciert.

### Praxisfremdes Kinderbild

Die von «Mille feuilles» gelehrte Philosophie des Spracherwerbs bezeichnet der Bieler Lehrer als überholt. «Man weiss, dass Kinder zwischen drei und vier Jahren keine Wörtchen lernen und Grammatik büffeln.» Daraus zu schliessen, dass ältere Kinder genauso denken, gehe von einem praxisfremden Kinderbild aus. Schulfähige Kinder seien mit einem Lehrmittel verloren, in dem sich

die Sprache einem selber erschliessen sollte, mit einem Lehrmittel, das keinen grammatikalischen Aufbau mitbringt und in welchem kein roter Faden erkennbar ist. Ob Pichard recht hat? Eine wissenschaftliche Validierung für den Erfolg von «Mille feuilles» gibt es seltensamerweise in dieser akademischen Branche nicht. Auch die Baslerbieter Bildungsdirektion befindet sich seit Einführung im Blindflug.

### Initiativen von «Starke Schule»

Und für diesen wollte sich Kathrin Schaltenbrand nicht hergeben. Dass sie bewährten Französischunterricht geben kann, hat sie gegenüber Schulleitung und Schulrat bewiesen. Beide Gremien bekräftigten denn auch gegenüber der BaZ, die engagierte Französischlehrerin «behalten zu wollen». Eine Anfrage an die Bildungsdirektion hat die Sekundarschule gestellt, offiziell beantwortet wurde sie noch nicht.

Ohnehin ist die Zukunftsperspektive dieser Sprachsee-Ideologie wieder infrage gestellt. Das Komitee Starke Schule hat angekündigt, die beiden angekündigten Initiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Austritt aus dem Passepartout-Fremdsprachenprojekt» am Montag einzureichen. Offenbar sind die Initiativen zustande gekommen. Würde «Passepartout» abgeschlossen, dürfte Kathrin Schaltenbrand auf einmal wieder unterrichten.

## Notmassnahmen an Tramgleisen

Regierung beantragt sechs Millionen Franken

Von Christian Horisberger

**Allschwil.** 60 Jahre haben die Schienen der BVB-Tramlinie 6 in Allschwil auf dem Buckel. Werden sie nicht sofort saniert, können die Trams schon im kommenden Monat abschnittsweise erneut nur noch mit reduziertem Tempo fahren. Ab dem dritten Quartal droht gar die Einstellung der Linie zwischen der Stadtgrenze und der Wendeschlaufe Allschwil. Dies hält die Regierung in ihrer Kreditvorlage für die Sanierungsarbeiten an der Linie 6 fest, die sie an den Landrat verabschiedet hat.

Wie schlecht es um die Schienen steht, ist nicht erst seit gestern bekannt. Steht sich die Frage, weshalb die Regierung die Sanierung eher fünf nach als fünf vor zwölf beschlossen hat. Die Bau- und Umweltschutzdirektion liess die Frage gestern unbeantwortet. Direktionssprecher Dieter Leutwyler kündigte aber an, dass die Vorlage Anfang April von der Bau- und Planungskommission beraten und dann mit hoher Priorität im Landrat beschlossen werden solle.

### Gesamtsanierung vorgezogen

Für die vier Jahre dauernde Notsanierung von 2,66 Kilometern Schienestrecke beantragt die Regierung sechs Millionen Franken. Die ersten zwei Millionen sollen laut Vorlage noch in diesem Jahr ausgegeben werden, die weiteren Tranchen von 2017 bis 2019. Nur: Die neuen Schienen müssten wieder herausgerissen werden, wenn der Kanton wie geplant 2021 die Baslerstrasse vollumfänglich saniert. Sechs Millionen Franken wären damit verbrannt.

Der Regierungsrat hat jetzt beschlossen, die Gesamterneuerung der Strasse teilweise vorzuziehen. Ab 2018 will er die erste Etappe (Morgartenring-Grabenring) starten, teilte er gestern mit. Diese Bauarbeiten müssten mit der geplanten Erneuerung des Hegenheimermattwegs durch die Gemeinde Allschwil koordiniert werden. Mit dem vorgezogenen Termin liessen sich zwei bis drei Millionen des Sechs-Millionen-Kredits für die Gleissanierung einsparen.

Um die Gesamtsanierung voranzutreiben, beantragt die Regierung dem Landrat ausserdem zwei Millionen Franken. Damit soll das definitive Erneuerungs- und Umgestaltungsprojekt ausführungsfähig ausgearbeitet werden. Den Baukredit für die erste Etappe will die Regierung bis Ende 2016 unter Dach bringen.

Die Allschwiler Behörden erfuhren von der Neuterminierung gestern via Medien. Eine Stellungnahme wollte Gemeinderat Robert Vogt nicht abgeben, ehe er sich ein detailliertes Bild von den Plänen der Regierung gemacht hat.